

Scholz hat den Schuss nicht gehört

Heute Morgen 9.00 Uhr. „Phoenix Vor Ort“. Erste Meldung: Das Solidarische Grundeinkommen. Heute Abend 22.45 Uhr „ZDF heute journal“. Erster Bericht: Das Solidarische Grundeinkommen. So ging es die letzten Tage von früh bis spät. Der Vorschlag von Michael Müller hat offenbar einen Nerv getroffen und wird im Lande breit diskutiert. In einer „repräsentativen Umfrage“ von Civey im Auftrag des Tagesspiegels stimmen 61,8 Prozent „Michael Müllers Vorschlag für eine Alternative zu Hartz IV (ALG II) zu.“

„Die große Zustimmung zieht sich durch alle Schichten.“, schreibt der Tagesspiegel. „Wohlhabende äußern sich ähnlich wie der Durchschnitt. Auch bei den Anhängern verschiedener Parteien ist der Unterschied eher gering, nur bei Anhängern der Linken ist die Zustimmung erwartungsgemäß noch größer.“

Zweimal bot der Tagesspiegel Michael Müller eine Plattform, um sein SGE-Projekt vorzustellen. Als ich das erste Mal davon hörte, kurz vor Müllers Antrittsrede als Bundesratspräsident am 3. November 2017, schoss mir zuerst ein Gedanken durch den Kopf: Widerstand wird es vor allem von der SPD geben. Inzwischen haben sich viele Sozialdemokraten, darunter Malu Dreyer, positiv zu Müllers Initiative geäußert. „Ich finde, dass diese Debatte lohnt – wir sollten diesen Gedanken des Regierenden Bürgermeisters aufnehmen, ernst nehmen und ihn weiterdenken“, sagte die stellvertretende SPD-Vorsitzende und rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin dem Tagesspiegel.

Aber: Der zuständige Ressortminister für Arbeit, Hubertus Heil (SPD), zeigt sich zwar offen für die Abschaffung von ALG II, aber eher zurückhaltend. Der BILD-Zeitung sagte er: „Das ist eine notwendige Debatte, die wir führen werden. Ich setzte dabei auf konkrete und machbare Lösungen, die der Lebensrealität der Menschen entsprechen.“

Aber: „Ungeachtet der Debatte über ein solidarisches Grundeinkommen hält die SPD laut Vizekanzler Olaf Scholz am Grundprinzip von Hartz IV fest. „Auch Herr Müller und Herr Stegner stellen das Prinzip des Förderns und Forderns nicht infrage“, sagte der Bundesfinanzminister den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Und der Spiegel schreibt: „Damit bezog sich der kommissarische SPD-Chef auf Äußerungen seines Stellvertreters Ralf Stegner und des Berliner Regierungschefs Michael Müller, die ein Ende von Hartz IV in der bisherigen Form zumindest in Aussicht gestellt hatten. ‚Es geht um die Ausgestaltung des sozialen Arbeitsmarkts‘, sagte nun aber Scholz. ‚Die Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die über lange Zeit

arbeitslos sind, muss sich deutlich verringern.“ Das ist seit der Einführung von ALG II tatsächlich geschehen. Aber um welchen Preis. Die SPD befindet sich seitdem in einer unaufhaltsam scheinenden Abwärtsspirale. Derzeit liegt die SPD bei allen Umfrageinstituten zwischen 17 und 19 Prozent, also noch unter dem schlechtesten Wahlergebnis vom September 2017.

Es müsse einen Neuanfang geben, hat in den letzten Monaten fast jeder Sozialdemokrat verkündet. Das wird nur gelingen, wenn sich die Partei von ihrem „Hartz IV“-Trauma befreit, wie auch immer. „Der Umgang mit den Langzeitarbeitslosen kann so nicht bleiben und eine SPD, die sich glaubhaft erneuern will, kann es dabei nicht belassen.“, schreibt der Tagesspiegel.

Olaf Scholz hat diesen Schuss offenbar nicht gehört. Mit ihm wird es keine Erneuerung der SPD geben. Viele in der SPD rufen zwar „Neuanfang“, sind aber zu faul zum Nachdenken, wie das geschehen soll. Schön, dass man wenigstens in Berlin darüber nachdenkt.

Ob die Gedanken von Michael Müller Eins zu Eins umgesetzt werden können, ist nicht wichtig. Wichtig ist, dass es eine Veränderung gibt. Und vor allem ist wichtig, dass die SPD klarmacht, dass sie sich vom bisherigen System des Arbeitslosengeldes II verabschieden will. Nur mit dieser klaren Aussage hat die Partei längerfristig überhaupt noch eine Chance, wieder als Sachverwalter der kleinen Leute wahrgenommen zu werden.

Die jetzt von Michael Müller angestoßene Diskussion zeigt, wie ausgehungert der Nachrichtenmarkt in Sachen ALG II ist. Und nicht nur der Nachrichtenmarkt. Vor allem die Parteimitglieder und mit ihnen weite Teile der Bevölkerung erwarten eine Reform. Wenn die SPD jetzt nicht diese Chance ergreift, zu Beginn der Legislaturperiode der Großen Koalition, wann dann?

Am 22. April 2018 findet erneut ein „Außerordentlicher Parteitag“ der SPD statt, diesmal in Wiesbaden. Es muss mal wieder ein neuer bzw. eine neue Parteivorsitzende gewählt werden. Wenn die SPD in dem bisherigen Takt weiterhin Parteitage durchführt, kann man sich ausrechnen, wann sie pleite ist. 19.03.2017 Berlin, 25.06.2017 Dortmund, 07.-09.12.2017 Berlin, 21.01.2018 Bonn, 22.04.2018 Wiesbaden. Im selben Zeitraum 2017/2018 hat die CDU einen Parteitag am 26.02.2018 in Berlin durchgeführt. Insgesamt gesehen, relativiert sich allerdings das Bild. Seit 1945/46 hat die SPD 38 ordentliche und 30 Außerordentliche Parteitage abgehalten, also 74 gesamt, die CDU in der gleichen Zeit 68. **Ed Koch**